

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Bruno Rossmann, Eva Glawischnig Piesczek; Werner Kogler, Freundinnen und Freunde

betreffend Ja zur Hilfe der griechischen Bevölkerung - nein zur Fortsetzung der krisenverschärfenden Wirtschaftsdiktate

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Ständigen Unterausschusses in ESM-Angelegenheiten über den Antrag des Bundesministers für Finanzen aufgrund besonderer Dringlichkeit gemäß § 74d Abs. 2 GOG-NR auf Ermächtigung zur Zustimmung zu einem Vorschlag des ESM nach Art. 13 Abs. 2 ESM-Vertrag, der Hellenischen Republik grundsätzlich Stabilitätshilfe in Form einer Finanzhilfesfazilität zu gewähren (58/BAESM und Zu 58/BAESM/778 d.B.)

BEGRÜNDUNG

Die bisherigen Antworten zur Lösung der Griechenlandkrise sind gescheitert. Die insgesamt sechs Ausgabenkürzungs- und Steuererhöhungspakete seit 2010 haben in Griechenland zu schweren sozialen und humanitären Verwerfungen geführt, wie es sie seit der Weltwirtschaftskrise 1929 in Europa nicht mehr gegeben hat: Die Arbeitslosenquoten sind dramatisch gestiegen, die Jugendarbeitslosigkeit ist sogar auf ca. 50 Prozent angestiegen. Die Auswirkungen im Gesundheitssystem sind fatal: Die Kindersterblichkeit ist um 40 Prozent gestiegen. In unzähligen Krankenhäusern herrscht Ausnahmezustand, sogar Handschuhe, Schmerzmittel und Desinfektionssprays fehlen. 40 Prozent der griechischen Bevölkerung sind nicht krankenversichert, ihnen fehlt der Zugang zur ärztlichen Versorgung.

Durch diesen verfehlten Austeritätspakt, der schon bisher vom deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble maßgeblich vorangetrieben wurde und deren oberstes Ziel die Haushaltsskonsolidierung um jeden Preis ist, wurde die Krise immer weiter verfestigt. Seit 2010 ist die griechische Wirtschaftsleistung um ca. 25% eingebrochen. Das Spardiktat verfolgte das Ziel die Schulden abzubauen. Genau das Gegenteil ist eingetreten, die Staatsschuldenquote wird laut der Prognose der Europäischen Kommission einen neuen Höchststand von über 180% des BIP erreichen. Nach aktualisierten Berechnungen des Internationalen Währungsfonds wird sie 2018 sogar bei rund 200% des BIP liegen. Damit ist ein Wert erreicht, bei dem Griechenland die Schulden nicht tragen und gleichzeitig wieder auf eigene Beine kommen kann.

Ungeachtet dessen wird in der Eurogipfel-Erklärung vom 12. Juli 2015 Griechenland die Fortsetzung genau jenes Spardiktats aufgezwungen, das in den letzten Jahren das Land in eine tiefe Rezession geführt hat. Treibende Kraft hinter diesem Spar- und Kürzungsdiktat war einmal mehr der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble. Bereits vor der Aufnahme von Verhandlungen zum dritten Hilfspaket mussten im griechischen Parlament im Eilverfahren erste Kürzungen und Steuererhöhungen beschlossen werden. Zu diesen Maßnahmen zählen unter anderem „quasi-automatische Ausgabenkürzungen“ bei Verfehlung unrealistisch

hoher Zielvorgaben für Primärüberschüsse im Budget, Mehrwertsteuererhöhungen und Reformen im Pensionssystem.

Gleichzeitig erfolgen tiefe Einschnitte in die Souveränität Griechenlands: Sämtliche Gesetzesentwürfe in relevanten Bereichen sind vor Befassung des griechischen Parlaments mit den Institutionen (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds) abzustimmen. Damit werden demokratische Grundsätze ausgehebelt und Griechenland unter europäische Aufsicht gestellt.

Unbestritten ist: Statt „Grexit“-Drohungen und weiteren Spardiktaten à la Schäuble braucht Griechenland neben Schuldenerleichterungen dringend finanzielle Unterstützung, die bei den Menschen des Landes ankommt und Zukunftsperspektiven eröffnet. Ein drittes Hilfspaket muss daher zumindest zwei Ziele verfolgen: Erstens geht es darum, das humanitäre und soziale Desaster in Griechenland zu beenden. Zweitens muss im Sinne einer ökologischen Umsteuerung und Erneuerung der Wirtschaft massiv in nachhaltiges Wachstum und in Grüne Jobs investiert werden („Green Greek New Deal“): in die biologische Landwirtschaft und in erneuerbare Energie (großes Potenzial in Griechenland), in den Ausbau des Athener Hafens als zentralen Umschlagplatz für den Handel im mediterranen Raum, in Bildung und in den Gesundheitsbereich. Das setzt ein Ende der krisenverschärfenden Wirtschaftsdiktate und europäische Investitionsoffensiven großen Stils voraus.

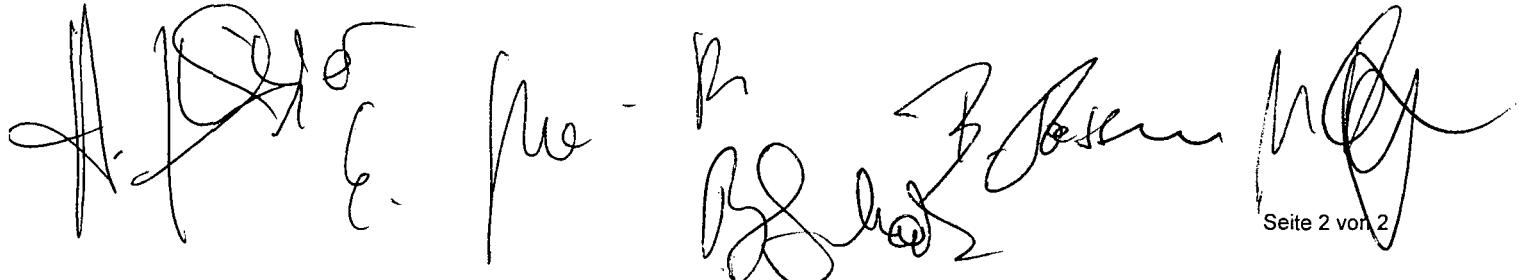
Und natürlich muss Griechenland ein funktionierendes Steuersystem aufbauen, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung bekämpfen, die Reichen besteuern, den Klientelfilz aufbrechen, Korruption bekämpfen, einen Grundstückskataster einrichten, bei den Militär- und Rüstungsausgaben sparen und effektive Verwaltungsstrukturen einführen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler und der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene mit Nachdruck für eine Beendigung krisenverschärfender Wirtschaftsdiktate einzusetzen, um das humanitäre Desaster in Griechenland zu beseitigen und um eine Investitionsoffensive, die den Namen verdient, zur Erneuerung und ökologischen Umsteuerung der Wirtschaft zu ermöglichen. Zusätzlich soll sich die Bundesregierung gegen die Aushebelung demokratiepolitischer Grundsätze stellen.



Seite 2 von 2